

DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Oktober 10/2000

NPD-Verbot und -Auflösung stehen noch aus

Mit seinen einführenden Worten am 10. September verwies Willy Hundertmark darauf, dass die Tafel am Eingang zur Gedenkstätte auf dem Osterholzer Friedhof die hier ruhenden Opfer des Faschismus und Krieges nicht richtig bezeichnet. In dem als "Ehrenanlage für KZ-Opfer" bezeichneten Hügel ruht die Asche von 700 Zwangsarbeitern, vor allem aus der ehemaligen Sowjet-Union. Den Arbeitern des Riensberger Krematoriums sei es zu verdanken, dass ihre Namen erhalten blieben. Diese Kollegen hatten damals mehr Glück als der nicht weit vom Ehrenhügel bestattete Kamerad Karl Metz. Eine Äußerung über die Kriegsschuld der Nazis führte für ihn zu Denunziation, Verurteilung und Hinrichtung in Plötzensee. Um so unverständlicher das Ignorieren des Neofaschismus durch den Präsidenten des Senats. Wer schon könnte in der wiederholten Zerstörung der Schaufensterschei- ben am Büro der VVN-BdA ein Bagatelldelikt sehen, gleich-zusetzen etwa mit dem Diebstahl einer Fahrradklingel? NPD-Plakate klebten zu Wochenbeginn auf den Bürofenstern unserer Organisation, der SJD-die Falken und der SPD. Willy Hundertmark glaubt, dass es sich bei den mutmaßlichen Tätern um junge Leute handelt, die vermutlich den Faschismus nicht kennen und nicht wissen, dass alleine die Bombennacht vom 18. auf den 19. August 1944 3.870 Bremerinnen und Bremern das Leben kostete. In Bremen werden sie als Gefallene geführt, wo doch die Verantwortlichkeit des Faschismus für den von deutschem Boden aus angezettelten Weltbrand und die Opfer schamlos verschwiegen wird.

Der Bremer Schriftsteller Johann Günther König, der selbst den Krieg nur aus Erinnerungen her kennt, hatte sich vorgenommen, stellvertretend für alle die Menschen, die als Zeitzeugen heute mehr denn je gebraucht werden, den wenig bekannten Bremer Literaten Josef Kastein vorzustellen. Sein Lebenswerk musste er sich erst aus Quellen erschließen. Kastein schilderte den Wandel Bremens von einer Kaufmannsstadt zu einer Industriehandelsstadt und er schildert wie es war und ist, Jude zu sein in Bremen. Nur 0,4% der Bevölkerung dieser Stadt vor 1933 waren jüdischer Abkunft. Doch das reichte aus, um Vorurteile zu schüren, unliebsame Konkurrenz auszuschalten und 800 Mitbürger in den sicheren Tod zu schicken, darunter auch die Mutter von Josef Kastein. Ihr Sohn war glühender Zionist und er propagierte seine Visionen in den umliegenden Ortschaften. Rechtzeitig noch gelang ihm die Auswanderung nach Palästina, während seine Mutter 1942 nach Theresienstadt deportiert wurde und dann umgekommen ist



Die aufmerksamen Zuhörer der Reden auf dem Osterholzer Friedhof

Rainer Husheer, Leiter des Vertrauenskörpers der IG Metall und Betriebsratsmitglied bei DaimlerChrysler, ging über zur aktuellen Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus vor Ort. Auf der Welle der rassistischen CDU-Unterschriftenkam-pagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft versuchte die NPD am 01. Mai vergangenen Jahres auf provokative Weise auch durch Ortsteile im Bremer Osten, in dem eine große Zahl von Menschen unterschiedlicher nationaler Herkunft zusammenleben, hin zu einem Betrieb mit hohem und gewachsenen Anteil an Zuwanderern (DaimlerChrysler) zu marschieren. In drei Betriebsersammlungen wurde debattiert, wie rassistischen Vorurteilen entgegengetreten werden könnte, die sich in Form von Schmierereien auf Spinden und Toiletten wiederfanden. Geschäftsleitung und Betriebsrat waren sich einig, dass rassistische Auseinandersetzungen im Betrieb nicht zugelassen werden könnten. Der NPD-Aufmarsch wurde erfolgreich abgewehrt, Verbot und Auflösung stehen aber noch aus. Eine Broschüre soll Auszubildende gleich zu Beginn aufklären über Gründe für die Zuwanderung nach Deutschland und die internationale Wirtschaftsverflechtung.

Jochen Killing, Mitglied des Personalrats im ZKH Ost und im Gesamtpersonalrat für Land und Stadt Bremen, schilderte die Folgen rassistischer Anschläge und ausländerfeindlicher Angriffe aus Erfahrung der Arbeit in der chirurgischen Ambulanz. Er verwies auf den katastrophalen Umgang der städtischen Behörden mit bosnischen Flüchtlingen, für die ein Bunker aus dem Zweiten Weltkrieg noch gerade gut genug sein sollte. Diese Flüchtlinge kamen aus Sarajewo! Jochen Killing verwies auch auf die jahrelangen Nachforschungen zum Schicksal der 1.000 Bremer Euthanasieopfer. Ihnen wurde am 30. Mai ein Denkmal mit der Aufschrift "Irrstern" gewidmet. Er schilderte die Katastrophenplanung zum 01. Mai 1999, bei der von über hundert möglichen Opfern ausgegangen wurde. *"Ganze Stationen wurden geräumt und für die Aufnahme verletzter Demonstranten vorbereitet"*. Der Ernstfall trat nicht ein. Im Ergebnis führte das Krisenszenario dazu, dass eine VVN-Ausstellung zum Thema Neofaschismus im Herbst 1999 im Krankenhaus zu sehen war und noch lange Zeit Gesprächsthema darstellte. Angesichts der neuerlichen Debatte über Verbot und Auflösung der NPD fordert Jochen Killing erneute politische Diskussionen in den Betrieben unter Betriebs- und Personalräten. Angesichts des Werteverlustes in der bundesdeutschen Gesellschaft, angesichts zunehmender Kriegsbereitschaft, angesichts der Verbreitung rassistischer Denkmuster über Massenmedien, angesichts einer zunehmenden Entledigung des staatlichen Sektors von sozialen Verpflichtungen fordert er Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte auf, aktiv zu werden unter der Losung "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!"

Raimund

Öko-Siedler aus Findorff nach Lesum zwangsvertrieben

Am Tag der offenen Tür bei den Öko-Siedlern in Lesum strahlte der Vereinsvorsitzende Klaus Möhle vor seiner Datscha noch Zuversicht aus. Die BesucherInnen konnten sich alles ansehen und wurden gut bewirtet.

Aus Findorff-Weidendamm zwangsvertrieben, wurden die ca. 40 SiedlerInnen unter etlichen Auflagen bis in die unmittelbare Nähe der Klöckner-Hütte abgedrängt. Trotz modernster Emissionstechnik durch die Stahlhütte Bremen lassen sich nicht alle schädlichen Ausstöße verhindern.
Wer glaubt, dass diese Menschen, die es ohnehin schon schwer genug im Leben haben, von der Stadt endlich eine dauerhafte Bleibe und finanzielle Förderung erhalten, liegt total daneben. Konservative Kreise, besonders der CDU, haben den Siedlern bisher nicht nur 150.000 DM Pacht abgenommen, sondern verlangen für immer kürzeres "Wohnen auf Abruf" alle drei Monate 7.500 DM von einem Personenkreis, für den auch der preiswerteste Baumarktartikel oft unerreichbar bleibt.

Dagegen sind:


v.l.: Prof. Dr. Walter Franke, Traute Schamberger, Klaus Möhle, Helmut Schamberger

- ca. 70 Mill. DM Musical-Zuschuss ohne Folgekosten ,
- ein Bahnhofspflaster im Angebot von 14,7 Mill. DM, das aber dann 25 Mill. DM kostete und trotzdem falsch verlegt wurde,
- 4,4 Millionen DM Überschreitung bei einer gläsernen Halle an der Uni durch den stadteigenen Baubetrieb,
- Überdimensionale Bau- und Mietkosten für Polizeihäuser,

nur einige Geldströme der "Großen Koalition" für den neben anderen Steuerzahlern, besonders die Öko-Siedler bis ins Mark ausgequetscht werden.
Die Damen und Herren vom Rechnungshof, die zarte Zweifel an einigen Projekten äußern, haben natürlich ebenfalls, wie es aus CDU-Kreisen tönt, keine Ahnung!
Während sich die Vereinsmitglieder "Grüner Weidedamm" in Unsicherheit weiterplagen müssen, Steuerausstände aber bei Großschuldnern wegen Personalmangel zu leichtfertig niedergeschlagen werden, stolzieren die Millionenverplemperer unbehelligt in der Stadt auf und ab.

Ingrid Franke

Auf legalem Weg in einen Polizeistaat

Wir befinden uns auf dem besten Weg in einen "Sicherheitsstaat" mit immer größeren Möglichkeiten der "Machtausübung" für Polizei und Geheimdienste.

Während diese Entwicklung in der Öffentlichkeit immer wieder mal thematisiert wird, findet dieser Umstand in juristischen Kreisen nur sehr zögerlich Einzug. Dabei gibt es schon heute eine ganze Reihe von Anhaltspunkten, die den direkten Weg hin zum starken Staat klar aufzeigen. Der Bremer Jurist Fredrik Roggan zeigt in seine Dissertation die Art und Weise auf, wie unsere "observationsgeilen" Volkvertreter diese Entwicklung vorantreiben. Gerade für Bremen sind die Erkenntnisse Roggans von großer Aktualität, soll doch das Bremer Polizeigesetz verschärft werden. Was uns als Höchstmaß an Sicherheit verkauft wird, ist in Wirklichkeit ein Hochtmaß an Unfreiheit und Kontrolle. Er bespricht große Themenbereiche wie den großen Lauschangriff, die sogenannte "Schleierfahndung" mit den verdachts- und ereignisunabhängigen Polizeikontrollen, verdeckte Ermittlungen und andere nicht offen ermittelnde PolizeibeamtInnen ("NoePs"), Aufenthaltsverbote gegen "unerwünschte Personen", um sie aus den Innenstädten zu verdrängen und den "vorverlegten Freiheitsentzug". Aber auch die Einbindung der Geheimdienste in die Kriminalitätsbekämpfung bleibt bei ihm nicht unerwähnt. Dies geschieht durch die Darstellung von ausgewählten Gesetzen und Grundsatzurteilen, die den eingeschlagenen Weg des sogenannten "Sicherheitsrechts" eindeutig belegen.
Das Ziel seiner Untersuchung ist die Frage, in wieweit dem Staat ein Recht auf die sogenannte "Innere Sicherheit" zusteht. Wir alle werden dem staatlichen Zugriff immer uneingeschränkter ausgeliefert sein und unser "Recht auf freie Entfaltung", die die Gesetze nach den Erfahrungen der deutschen Geschichte eigentlich garantieren sollen, wird in der Praxis immer stärker systematisch ausgehöhlt.

Abschließend bleibt nur die Feststellung, dass dsich ie Bundesrepublik Deutschland auf einem legalen Wege in einen modernen Polizeistaat befindet. Oder genauer gesagt: Der Rechtsstaat wird abgeschafft mit dem Segen des Rechtsstaats. Eben: ganz legal.

Der Bremer Autor Dr. Fredrik Roggan hat sich in zahlreichen Beiträgen für Zeitungen und Zeitschriften vor allem mit dem Recht der "Inneren Sicherheit" auseinandergesetzt. Bemerkenswert ist, dass der Dekan des Fachbereichs Rechtswissenschaften an der Uni Bremen, Prof. Dr. Lorenz Böllinger, versucht hat, das Buch zu verhindern. Glücklicherweise ist es ihm nicht gelungen. Leider fehlt ein Register, was ein Arbeiten mit dem Buch meines Erachtens unnötig erschwert.

Das Buch "Auf legalem Weg in einen Polizeistaat - Entwicklung des Rechts der Inneren Sicherheit", von Fredrik Roggan, ist im Pahl-Rugenstein Verlag in Bonn erschienen und hat 248 Seiten. Das Hardcover-Buch kostet 38,- DM. (ISBN: 3-89144-274-5)

Gerold

Keine Panzer

Mitglieder des Bremer Friedensforums und der Mahnwachengruppe übergaben dem Bremer SPD-Bundestagsabgeordneten Volker Kröning am 12. Juli einen Offenen Brief für einen Stopp von Waffenexporten. Darin heißt es:
"Wir erinnern Sie an den Koalitionsvertrag vom Oktober 1998: ‚Rüstungskonversion wird auch als bundespolitische Aufgabe und Element regionaler Strukturpolitik begriffen'. Mit unserer Unterschriftensammlung fordern wir Parlament und Regierung auf, dieser Absichtserklärung Taten folgen zu lassen. Vom Bremer Friedensforum aufgefordert, sagten 3030 Bremerinnen und Bremer NEIN zur geplanten Panzerlieferung in die Türkei, darunter der SPD-Unterbezirksvorsitzende Wolfgang Grotheer, die Bündnisgrünen MdBBs Helmut Zachau und Karoline Linnert, der Theaterleiter Klaus Pierwoss."

Ekkehard Lentz

Grölen für das "Vaterland"

Das Buch "White Noise" (Weißer, also "arischer" Lärm), herausgegeben vom Antifaschistischen Infoblatt, der schleswig-holsteinischen Antifa-Zeitung «Enough is Enough» und der «reihe antifaschistischer texte» (rat) im Unrast Verlag, bietet fundierte Recherchen weit über die deutsche Musik-Szene der Neonazis hinaus. Grundlage ist das 1998 von der britischen Antifa-Zeitschrift «Searchlight» veröffentlichte Buch gleichen Namens. Es wurde um zwei Kapitel ergänzt. Da ein Sach- und Personenregister vorhanden ist, bietet es eine gute Basis für weitere Nachforschungen. Es ist mittlerweile in der zweiten Auflage erschienen. Die Beiträge aus England, den USA, Schweden, Polen und der BRD beschäftigen sich mit der Geschichte, Entwicklung und Gegenwart der deutschen und der internationalen Neonazi-musik-Szene.



So sehen die "Argumente" der NPD von Anfang September aus.

"Begleitmusik zu Mord und Totschlag" nennt Michael Weiss seinen Beitrag zum Buch, und genau das ist "White Noise". Oft genug war nach Konzerten von Hetzjagden auf "Andersartige" zu lesen. Nicht selten endeten die Jagdszenen mit deren Tod. Auch den Anteil der Politik der 80er und 90er Jahre mit der "geistig-moralischen Wende" daran, dass Faschos offen auftreten, zeigt Weiss auf. Die massiv vorangetriebene Entsolidarisierung innerhalb der Gesellschaft und die Rechtswendung der Politik wies den Weg hin zu der heutigen Situation. Vieles wird älteren Bürgern bekannt vorkommen. Oder wie Weiss es sagt: "Der völkische Konsens wurde zementiert." Dazu passt dann auch gut Stoibers Angst vor der "durchrassten Gesellschaft." Die Fast-Abschaffung des Asylrechts und der immer nationalistischer werdende Sprachgebrauch der Politiker führten direkt zu den Mordexzessen von Rostock, Hoyerswerda oder Solingen. Dass Anwohner bei brennenden Häuser applaudieren, ist auch ein "Verdienst" von Politikern wie Kohl.

Der Wille zum Töten wird in den »Kriegsberichter-Videos« deutlich. Hier macht "White Noise" die Zielrichtung klar, es ist die rassistische Hetze in brutalster Form. In einer anderen Quelle wird der Inhalt eines dieser Videos ungefähr wie folgt beschrieben: Es werden Aufnahmen eines geplanten Mordes gezeigt. Die Kamera geht auf das schmerzverzerrte Gesicht eines Afroamerikaners, Männer in den weißen Roben im Stil des Ku-Klux-Klan schleifen den blutenden Mann weg. Es fallen Schüsse. Die Kamera zeigt zuletzt die am Boden liegende Leiche. Nächste Akt: Die britische Neonazi-Band No Remorse (Keine Reue) grölt ihren bekanntesten Hit - »Barbecue in Rostock«. Im Hintergrund laufen die Bilder des brennenden Vertragsarbeiter-Wohnheims in Rostock-Lichtenhagen. Ein Schwenk über Hunderte von Skinheads, die begeistert den Refrain mitgrölen. Dahinter sind Transparente der Veranstalter mit stilisierten Hakenkreuzen und der Aufschrift »Blood & Honour« zu sehen. Aber die Nazi-Musik ist nicht nur zum Aufpuschen vor den Hetzjagden gut. Gerade in den letzten zehn Jahren ist sie in Deutschland zum riesengroßen Geschäft mit Millionengewinnen geworden. In Deutschland vertreiben seit 1991 mehr als 100 deutsche Bands circa 500 unterschiedliche CDs. Die Auflagen liegen zwischen wenigen hundert und bis zu 15.000 Exemplaren. Die Durchschnittsauflage liegt bei etwa 3.000 Stück. Das bedeutet, dass ungefähr 1,5 Millionen CDs in den Schränken der Braunen stehen. Sie werden über und unter dem Ladentisch verkauft. Es gibt hier über 50 Label und Vertriebe sowie mehr als 30 entsprechende Verkaufsläden.

Eine weitere "Sektion" der Faschomusik neben »Blood & Honour« ist die «Hammerskin»-Bewegung. Das Erkennungszeichen der «Hammerskins» sind zwei gekreuzte Hammer. Das Zeichen entstammt dem Album "The Wall" von der Popgruppe "Pink Floyd". Was dort als Negativsymbol für fanatische faschistische Massen stand, wird hier zum Vorbild als "Zeichen der weißen Arbeiter". Mehr noch als die vom Briten Ian Stuart Donaldson (Srewdriver) geprägte «Blood & Honor»-Szene sehen sich die «Hammerskins» als "Elitetruppe" der NS-Musikszene.

Ein wichtiger Schwerpunkt des «Hammerskin-Netzes» ist zweifellos Bremen. Es gibt hier das Label «Hanse-Records» und die Band «Endstufe». Neben einem Skinzine ("Fanzeitschrift") gibt es noch zwei Vertriebe und einen Verkaufsladen. Das Autorenteam erwähnt leider nicht den Namen des Bandgründers der «Endstufe», dem Betreiber von «Hanse-Records» und Inhaber der Vertriebe und des Ladens, den Schwachhauser Jens Brandt. Ebenso wird der Titel von Brandts Skinzine: «Der Skinhead» nicht genannt. Dass das Internet auch für Brandt ein wichtiges Verkaufsmedium ist, leuchtet ein. Ganz am Rande bemerkt, «Endstufe» ist nicht die einzige Nazi-Band in Bremen und Umgebung. Neben Gruppen wie z.B. Aussetzer - Boots Brothers - Froidenspender - Patriotic Bois - Schlachtruf (vormals Endlöser) - Die Walkers gibt es sicherlich noch weitere, wenn sie auch (noch) so gut wie unbekannt sind.

Auch für die Ausweitung der Mitgliederzahlen und zur Verbesserung der Strukturen von faschistischen Parteien und Organisationen ist "White Noise" ausgesprochen dienlich. Zur Zeit wird überlegt, die NPD zu verbieten. Was nicht unbeachtet bleiben sollte, ist, dass sich die NPD Anfang der Neunziger von einer bedeutungslosen Wahlpartei zur einer Kampfpartei wandelte. Dadurch banden sie und die Jugendabteilung, die JN, auch viele Skins aus der militanten Neonazi-Szene an sich. Schnell wurde erkannt, dass sich außerdem mit der "rechten" Musik ordentlich Geld verdienen lässt.

Am 14.09. ist vom Bundesinnenminister »Blood & Honour« in Deutschland verboten worden. Es war längst überfällig und kann nur der Anfang sein.

"White Noise - Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour - Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene" ist im Unrast-Verlag (Hamburg/ Münster) in der zweiten Auflage erschienen und hat 160 Seiten. Es kostet 19,80 DM (ISBN 3-89771-803-0)

Gerold (AG Neofaschismus)

Seminar

Am 09./10. Dezember findet in Leverkusen ein Seminar von der VVN-BdA Nordrhein-Westfalen, Kommission "Neofaschismus" und dem "Hartmut-Meyer-Archiv" zum Thema "Militaristisches Denken" statt. Das Denken wird systematisch produziert und von vielfältigen Gruppen, Organisationen und Institutionen an die Menschen herangebracht. In Form von Referaten, Kurz-Texten und anhand von Dokumenten soll über folgende Themen gesprochen werden: Militärisch-Industrielle Komplex heute, Verhältnis von Bundeswehr und Neofaschismus, "Denkfabriken" für Militärstrategien, Traditionsverbände, Verlage und Medienagenturen des Militarismus. Weitere Infos über VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Tel./Fax 0202-450628.

Die Vertreibung nur geträumt

Es mag sie wohl keiner, am wenigsten noch die Polen. Gemeint ist Erika Steinbach (CDU), die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV). In Polen hat sie sich einen unangreifbaren Ruf als böse Deutsche und personifizierte Vertriebene erworben. Der Clou ist nur, dass die Chefin der deutschen Vertriebenen überhaupt keine Vertriebene ist. Eigentlich sollte man doch erwarten können, dass die Präsidentschaft des BdV nur von einer auch wirklich vertriebenen Person bekleidet werden kann. Polnische Journalisten der Tageszeitung "Rzeczpospolita" förderten das Unglaubliche zu Tage. Da Frau Steinbach fast nie über die eigene Heimat erzählte, begannen sie zu recherchieren. Das Ergebnis verblüfft uns Treugläubige: In Jahre 1943 erblickte Erika S., damals noch Erika H., in Rumia (seinerzeit Rahmel, südwestlich von Danzig), als Tochter eines rein zufällig dort stationierten Wehrmachtssoldaten, das Licht der Welt. Der Geburtsort des Vaters war Hanau, der der Mutter Bremen.

Dass Steinbach als Vertriebene auftritt, obwohl sie in einem Gebiet zur Welt kam, das vor dem Zweiten Weltkrieg zu Polen gehörte, darf man als besonders pikant schildern. Auch ihre Mutter ist erst Anfang der vierziger Jahre nach Rumia gekommen. Für die polnische Presse steht fest, Erika Steinbach, die den deutsch-polnischen Grenzvertrag einst vehement ablehnte, ist eine "falsche Vertriebene". Ihr Rechtfertigungsversuch, denn wenigstens ein klein weinig vertrieben zu sein, wirkt hilflos. Geschmacklos ist daher ihr Vergleich:
"Um sich gegen das Abschlachten von Walen einzusetzen, muss man kein Wal sein." Der BdV wolle "Stachel im Fleisch" der Politik sein, hatte Erika Steinberg beim Amtsantritt gesagt. Nun wird sie vielleicht zum "Stachel im Fleische" des BdV.

Frau Steinbach hat schon einige Male ihre Sicht der Geschichte deutlich gemacht. So fand sie, dass die Tschechen "unter deutscher Herrschaft fast nicht gelitten" haben. Es sei falsch, dass der 1997 zwischen Prag und Bonn ausgehandelte Versöhnungsfonds, vor allem für tschechische Nazi-Opfer, Gelder bereitstelle. Zurecht empört reagierten vor allem die tschechischen Juden.
"Die Aussage von Frau Steinbach, die Tschechen hätten nicht unter den Deutschen gelitten, ist eine grobe Diffamie", sagte der Vorsitzende der Föderation jüdischer Gemeinden in Tschechien, Tomas Kraus, der deutschsprachigen «Prager Zeitung».
"Wir waren der Teil der tschechoslowakischen Gesellschaft, der am meisten unter der Nazi-Herrschaft gelitten hat", stellte er klar.

Ihre Kommentare zur aktuellen Entschädigungsdebatte, in denen sie die "fehlende" Entschädigung der deutschen "Zwangsarbeiter" nach 1943 in den zurückeroberten Gebieten moniert und diese auf eine Stufe mit den Sklavenarbeitern des Dritten Reiches stellt, sind Verhöhnung der Opfer Nazi-Deutschlands. Wenn sie sagt: *"Leider ist es in Deutschland weithin unbekannt, dass es Millionen Deutsche gab, die Zwangsarbeit leisten mussten - selbst kleine Kinder. (...) So ist ein großer weißer Fleck in der historischen Betrachtung unserer eigenen und der europäischen Geschichte entstanden"*, muss man sich fragen, was hat diese Frau überhaupt gelernt? Sie scheint vergessen zu haben, dass es Deutschland war, das Not und Elend über Europa gebacht hat und nicht Polen, Tschechien oder die Sowjetunion. Sie hat sich mit ihren Äußerungen, selten offen, meist verdeckt, mit den Tätern und ihren "Nachfolgern" solidarisiert.
Auch Frau Steinbach scheint dem Blödsinn des Vergleichens vom Nazideutschland und dem übriggebliebenen Jugoslawien anzuhängen: *"Hätte man die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg genauso intensiv aufgearbeitet wie die NS-Vergangenheit"*, meint sie, "hätte es die Vertreibung unter Milosevic vermutlich nie gegeben." Wo sie allerdings eine intensive Aufarbeitung der NS-Zeit sieht, verrät sie nicht. Sie schreibt im "Deutschen Ostdienst" im April 1999: *"Der Bund der Vertriebenen verurteilt aufs schärfste die Verbrechen, die von serbischem Militär und von serbischen paramilitärischen Banden an der albanischen Bevölkerung im Kosovo begangen werden. Diese ethnischen Säuberungen schlimmsten Ausmaßes und schlimmster Art verstoßen gegen jegliches Gebot zivilisierter Gesellschaften und der Humanität"*. Sie verschweigt geflissentlich, dass erst die Nato-Bombardements das Flüchtlingsdrama forcierten.

Fehlt nur noch, dass die Schein-Vertriebene wie Fischer und Scharping Auschwitz klittert.

Gerold

Ein Einheitsvertrag und keine Einheit

Am 3. Oktober 2000 wird der Einigungsvertrag zehn Jahre alt. Mitte August dieses Jahres erinnerte Herr Schäuble in einer Pressekonferenz daran. Dieser Vertrag trage die Unterschriften von Staatssekretär Krause für die DDR und seine eigene für die BRD. Als ob er alle Schuld von sich weisen wollte, rief Schäuble den Journalisten mehrfach zu, Helmut Kohl, das sei der Kanzler der Einheit. Dieser Ruf war wohl auch an die Sachsen gerichtet, die für den 3. Oktober zur Feier in Dresden Lothar de Maizière, den letzten Ministerpräsidenten der DDR als Festredner eingeladen haben.

Um vielleicht doch noch den Schaden zu begrenzen, hat der Berliner Bürgermeister Diepgen zwei SED-Funktionäre "begnadigt". Ehrlich war dazu der Kommentator im Heute-Journal am 06.09. um 22.00 Uhr. Er meinte, so gehe der Staat mit seinen Feinden um. Eben, das ist es: Die Herrschenden in der BRD haben von Anfang an zunächst die Ostzone und dann die DDR als Feind behandelt. Die Funktionäre der Ostzone haben alles getan, um die Spaltung Deutschlands zu verhindern. So haben Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl am 29. und 30. Mai 1947 Bremen besucht. Sie haben mit Wilhelm Kaisen und dem damaligen SPD-Vorsitzenden Emil Theil, mit dem Besatzungsoffizier Captain Jeffs, mit Arbeiterveteranen und Belegschaften, und in der Öffentlichkeit gesprochen. Immer war das Thema die drohende Spaltung zu verhindern, die mit dem Bizonenabkommen eingeleitet worden war. Ich habe die SED-Vorsitzenden begleitet und mit beiden ein Interview durchgeführt.

Es gab im Westen viele Parteifunktionäre, die gegen die Spaltungspolitik waren, zuletzt haben sie vor der Hetze gegen eine demokratische Entwicklung kapituliert. Diese Feindpolitik wurde nach dem 3. Oktober 1990 konsequent fortgesetzt. Nach Ermordung des ersten Beauftragten der Abwicklungsgesellschaft (Treuhand) wurde Frau Birgit Breuel eingesetzt. Sie verkaufte einen Betrieb nach dem anderen für eine Mark an westdeutsche Industrielle und Politiker. Zuletzt verkaufte Helmut Kohl die Leunawerke und die Minol-Tankstellen für Milliarden an den französischen Konzern "Elf-Aquitaine". Wir hier in der (ehemaligen) Bonner Republik sollten endlich die Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen in den neuen Ländern beginnen, die immer noch wie Erbeutete behandelt werden.

Willy

Aufgespießt

"Der rosarote Kanther", so sieht die Zeitschrift Konkret Innenminister Schily. Angesichts der Äußerungen wie: *"Das Boot ist voll"* kann man sich dieser Charakterisierung durchaus anschließen.

Bremer Verfassungsschutz weiß von nichts

Die quasi amtliche Stellungnahme der obersten Bremer Verfassungsschützer Walter Wilhelm und Lothar Jachmann zum Thema "Neofaschismus in Bremen" (WK 24.08.2000) könnte einen zu der Überzeugung bringen, dass manche Stelle im öffentlichen Dienst tatsächlich schlicht überflüssig ist.

Beim Bremer VS sind demnach 20 Personen (!) hauptamtlich mit der Beobachtung der rechten Szene beschäftigt, das sind mehr als bundesweit bei antifaschistischen Verbänden und Gruppen angestellt sind. Ihre Chefs traten nun, nachdem zehn Jahre so gut wie nichts von dieser Behörde zu hören war, mit der Behauptung an die Öffentlichkeit, dass Bremen von "rechtsextremen" Gewalttaten verschont geblieben sei.

Jeder Zeitungsleser weiß da mehr, erst recht die Angehörigen verschiedener anti-..chistischer, linker und feministischer Gruppen. Deren Infoläden und Büros wurden im laufenden Jahr in einem Ausmaß mit NS-Parolen beschmiert, mit NS-Plakaten beklebt, Scheiben mit Gullydeckeln, Zwillenkugeln und Spitzhacken zerschlagen, Autoreifen zerstochen wie seit langem nicht mehr.

Am amüsantesten war dann noch die wörtlich zitierte Aussage des VS-Leiters Wilhelm, dass rechte Internet-Aktivitäten von Bremern "nicht bekannt" seien. Selten so gelacht! Jeder politisch interessierte Laie kann diese Aussage an seinem Computer innerhalb von fünf Minuten widerlegen und zumindest die Regionalseiten der neofaschistischen Wahlparteien auffinden. Auch die noch offener auftretenden Bremer "Freien Nationalisten" und der Vertrieb "Hanse-Records" lassen sich durchaus finden, wenn man denn will.

Der zuständige Staatsanwalt setzte noch einen drauf und erklärte laut demselben Zeitungsbericht, rechte Straftaten "würden unnachgiebig verfolgt" und es bestände eine "sehr hohe Motivation" der Polizeibeamten "gegen rechtsextreme Straftaten vorzugehen." Das mag es tatsächlich geben, doch der VVN-BdA Bremen sind solche Polizisten trotz zahlreicher von ihr erstatteter Strafanträge noch nicht begegnet.

Nur in einem hat Wilhelm wirklich recht: Er macht eine in Bremen verbreitete "antifaschistische Grundhaltung" dafür verantwortlich, dass Neofaschisten kaum gruppenweise physisch auftreten. Doch daran hat die VS-Behörde nun wirklich keinen Anteil.

Thomas

Neue Broschüre

Die Grufties gegen Rechts Bremen / Music for a new Society haben eine überarbeitete Broschüre ("Die Geister die ich rief ..", Ausgabe 2, Juni 2000) herausgebracht.

Die 84 Seiten starke und ausgesprochen gelungene Ausgabe im DIN A4-Format enthält unter anderen Informationen über: "Der rechte Kulturkampf", "VAWS" (Verlag und Agentur Werner Symanek), "Arun Verlag", "Das Europakreuz", "Death in June", "Allerseelen" und "Heiden und Rechts".

Die Broschüre kostet 8,- DM (plus 1,50 DM Porto) in Scheinen und/oder Briefmarken. Zu erhalten ist unter folgender Anschrift: Grufties gegen Rechts Bremen / Music for a new Society, Kulturzentrum Schlachthof, Findorffstraße 51, 28215 Bremen. Vergesst nicht dazu zu schreiben, dass Ihr die neue Broschüre haben wollt. In unserem Büro haben wir auch einige Exemplare.

Unter www.geister-bremen.de sind sie im Internet sind zu finden.

So war es nicht gemeint

Größeres Interesse als erwartet löste das Angebot zur Besichtigung der fünf verbliebenen bzw. wiederhergestellten Zellen des ehemaligen Polizeigefängnisses der Ostertorwache am 15. Juli, aus.

Rainer Habel vermittelte uns, dass es durchaus immer wieder Anfragen ganzer Gruppen gibt, dass die regulären Besichtigungszeiten viel zu knapp bemessen sind. Der "Freiheitskämpfer", vom Bildhauer Fritz Cremer zur Verfügung gestellte Kopie seiner 1947 geschaffenen Plastik, befand sich entgegen früheren Zusicherungen der Kulturbehörde vorsorglich erneut hinter Gittern. Der Seiteneingang musste erst einmal aufgeschlossen werden, von der Straße her kein Hinweis auf Plastik oder Zellentrakt. Der erste Gang war daher eine kurze Würdigung der Widerstandskämpfer Arvid Harnak und Harro Schulze-Boysen, denen im Dezember 1942 in Berlin unter dem Gestapobegriff "Rote Kapelle" der Prozess gemacht wurde. Entgegen anderslautender Vorschläge wurde die Ostertorwache nach einem Brand in den Zellen von Abschiebe"häftlingen" nicht zur Gedenkstätte, sondern zu einem Designzentrum umgewidmet. Schon bei der Einweihung wurden die ehemaligen Widerstandskämpfer, bzw. ihre Hinterbliebenen vorsorglich nicht eingeladen. Ihr Beitrag war dem Senator Schulte wohl sichtlich unerwünscht.

Viel Wissenswertes ist zu erfahren über die 150jährige Geschichte dieses Polizeihauses. Man erfährt von Gesche Gottfrieds Verhör, aber wenig zu Biographien Bremer Menschen aus dem Widerstand. Bezeichnend ist, dass erst auf Drängen von Georg Gumpert die Verblendung an der Dunkelzelle wieder angebracht wurde. Vor allem fehlt an diesem Ort ein Faksimile des Eingangsbuchs, anhand dessen die Inhaftierten und ihre Zelle aufgefunden werden kann. Dann erst wäre Spurensuche effektiv.

Raimund

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

o Einwanderer und Flüchtlinge
o Neofaschismus
o Frieden/Antimilitarismus
o Geschichtsforschung
o Erinnerungsarbeit

Name ____________________

Vorname ____________________

Straße ____________________

PLZ, Ort ____________________

Geb.-Datum ____________________

Bremen, den ____________________

Unterschrift ____________________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Erinnerungsort Focke-Museum

In der Juli/August-Ausgabe dieser Zeitschrift hat Rainer Habel in seinem Artikel "Erinnerungsorte" das fehlende Gedenken an die Verbrechen und Leiden der Nazi-Zeit in Bremen bemängelt. Seine vehemente Kritik ist berechtigt, soweit sie sich darauf bezieht, dass tatsächlich eine zentrale Gedenkstätte "am authentischen Ort" in unserer Stadt - im Gegensatz etwa zu Köln, Dortmund und Berlin - bislang bedauerlicherweise fehlt.

Seine Kritik geht allerdings dort fehl, wo er mit der Frage "Wo erinnert sich Bremen all der Frauen und Männer, die z.B. am Admiralbunker notiert, wo an 900 ermordete Bremer Juden, wo an die Hunderte der Sinti und Roma, wo der Zehntausende Zwangsarbeiter in der Rüstungs-Zentrale Bremen, wo an die 173 alliierten Luftangriffe?" suggeriert, dass es keinen Ort gebe, an dem man sich der Opfer des Faschismus auch namentlich erinnere.

Seit der Neugestaltung der Dauerausstellung im Focke-Museum - Bremer Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte -, die vor zwei Jahren eröffnet wurde, gibt es eine Abteilung "Bremen in der NS-Zeit", in der genau das geschieht, was Rainer Habel vermisst. Dort sind in einem Karteischrank aus dem Polizeihaus Hunderte von Verfolgten des NS-Regimes mit Namen und Kurzbiographien verzeichnet.

Neben den Frauen und Männern aus dem Widerstand sind dort die Namen der verfolgten und ermordeten Juden und der "Euthanasie"-Opfer fast vollständig aufgeführt. Für die Gruppen der Zwangsarbeiter, der Zwangssterilisierten, der Homosexuellen und der Zeugen Jehovas finden sich beispielhaft jeweils einige Karteikarten mit Namen und Lebensläufen. Die Daten für die Sinti und Roma und die Verfolgten aus dem Bereich, den man "Volksopposition" nennt, werden zur Zeit erarbeitet. Auch wenn dieses Verzeichnis noch der Ergänzung und Vervollständigung bedarf - was nicht zuletzt an der noch unbefriedigenden Forschungssituation zu manchen Opfergruppen liegt - so hat diese Installation im Museum sich bereits außerordentlich bewährt. Die Besucher und Besucherinnen können die große Anzahl der aus unterschiedlichen Gründen in unserer Stadt Verfolgten ebenso erkennen wie deren Lebenswege. Die Opfer sind als Individuen mit Namen und Adresse kenntlich, nicht als statistische Daten. Wie zahlreiche Reaktionen und Nachfragen von Museumsbesuchern belegen, löst dies häufig eine starke Betroffenheit aus, nicht nur, wenn man auf die Namen von ehemaligen Nachbarn, Verwandten oder Schulkameraden trifft. Auch die übrigen Themen, die Rainer Habel anspricht, werden in dieser Abteilung des Focke-Museums behandelt. Die einzelnen Schritte der Entrechtung und Verfolgung der Bremer Juden werden exemplarisch an Dokumenten der Familie Hackenbroich aus Walle dargestellt. Die Zwangsarbeit am Beispiel des U-Boot-Bunkers in Farge und der Bombenkrieg werden mit Videofilmen thematisiert - darunter ein Ausschnitt aus dem bekannten Film "Der Bunker" von Thomas Mitscherlich und Barbara Johr mit den sehr bewegenden Erinnerungen französischer Zwangsarbeiter.

Auch wenn das Focke-Museum aus vielerlei Gründen nicht die Funktion einer "zentralen Gedenkstätte" erfüllen kann, so stellt sich die neue Dauerausstellung der Aufgabe, die NS-Zeit "plus Ursachen und Folgen" (Habel) nicht nur darzustellen, sondern auch an die "zahlreiche Bremerinnen und Bremer, die der braunen Diktatur widerstanden"(Texttafel im Museum) zu erinnern.

Heinz-Gerd Hofschen

Am Montag, dem 30. Oktober, wird im Rahmen der Landesvorstandssitzung die Bundesdelegiertenkonferenz in Frankfurt vom 07./08. Oktober ausgewertet. Wir hoffen, dass viele Mitglieder kommen werden.

Antifaschismus im Museum

Die Führung durch Heinz-Gerd Hofschen findet am Dienstag, 31. Oktober, 18:00 - 19:00 Uhr statt.

Treffpunkt ist die Kasse. Es muß der normale Preis gezahlt werden. Das Focke-Museum ist am besten mit der Straßenbahnlinie 4 (Haltestelle Focke-Museum) zu erreichen.

Das Kino 46 bringt zusammen mit der Stadtbibliothek Bremen und der Volkshochschule Bremen seit dem 16. September Vorträge, Lesungen und Verfilmungen von bzw. über

Heinrich Mann

Am 30. September um 18:00 Uhr hält Dr. Thomas Epple, Memmingen, in der Stadtbibliothek Neustadt einen Vortag über den Roman "Professor Unrat", der 1905 entstand.

Am 07. Oktober liest Dieter Mues, Hamburg, **um 18:00 Uhr** in der Stadtbibliothek Vegesack aus den Novellen "Gretchen" und "Liebesspiele". Der Eintritt kostet jeweils 8,- DM bzw. ermäßigt 6,- DM.

Am 28. September um 20:30 Uhr u. vom 01. bis zum 03. Oktober um 18:00 Uhr im Kino 46 wird "Der Blaue Engel" gezeigt. Es ist die Verfilmung von "Professor Unrat".

Vom 08. bis zum 10. Oktober um 18:00 Uhr wird im Kino 46 "Belcanto oder Darf eine Nutte schluchzen?" gezeigt. Der Eintritt kostet jeweils 9,- DM bzw. ermäßigt 8,- DM.

Geburtstage Oktober 2000

Siegfried Stoppelmann	05.10., 87 J.
Raimund Gaebelein	10.10., 53 J.
Helmut Peters	18.10., 77 J.
Ernst Uhl	27.10., 68 J.
Heinrich Hannover	31.10., 75 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand

"Der Bremer Antifaschist" ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Internet: http://www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421-61 12 62 (Willy Hundertmark) oder 0421-61 63 215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich an dem letzten Montag von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 05. des Vormonats.

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)